

Gründungskongress der AfD-Jugend: Krankenhaus fürchtet massenhafte Ver...

Jonas Aston

Die hessische Polizei hat am Mittwoch ihr Einsatzkonzept für das bevorstehende Wochenende vorgestellt, an dem die Neugründung der Jugendorganisation der AfD erwartet wird. In Gießen sind mehr als 20 Gegenkundgebungen angekündigt. Nach aktuellen Einschätzungen rechnen die Behörden mit bis zu 50.000 Teilnehmenden aus dem gesamten Bundesgebiet. Die mittelhessische Universitätsstadt zählt selbst gerade einmal rund 90.000 Einwohner. Seit Monaten bereitet sich die Polizei intensiv auf die großangelegte Einsatzlage vor. Am Samstag werden mehrere Tausend Polizistinnen und Polizisten aus Hessen, anderen Bundesländern sowie der Bundespolizei in Gießen im Einsatz sein.

Die Versammlungsfreiheit sei ein hohes demokratisches Gut, so die Polizei. „Bei Gewaltanwendung ist aber immer eine Grenze überschritten.“ Es sei „legitim, die AfD zu kritisieren. Aber die Ablehnung der AfD darf unter keinen Umständen mit gewalttätigen Mitteln ausgedrückt werden.“ Die Proteste können nicht überall im Gießener Stadtgebiet stattfinden. Die Stadt kündigte auf Anraten der Polizei an, dass in der Weststadt – wo das Treffen der AfD stattfindet – keine Demonstrationen stattfinden dürfen. Stattdessen sollen die Gegenproteste auf die andere Seite der Lahn verlagert werden.

Das Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM) trifft umfassende Vorkehrungen für mögliche Verletzungen während der Proteste gegen die AfD-Jugendgründung. Eine Sprecherin sagte gegenüber *Focus Online*: „Wir haben langjährige Blutspender gebeten, kurzfristig zu spenden“. Dadurch lassen sich die Blutreserven für zusätzliche 40.000 Personen auffüllen.

Die Einrichtung rechnet mit einem möglichen „Massenanfall“ von Betroffenen mit „Polytraumata“ und hat Extraschichten in Notaufnahme sowie auf Intensivstationen eingeplant. Gleichzeitig wurde die Anzahl der im Bereitschaftsdienst stehenden Fachkräfte deutlich erhöht, um eine reibungslose Versorgung auch bei hoher Patientenzahl zu sichern.

Das Bündnis „Widersetzen“ plant, die Zugangsstraßen zur AfD-Veranstaltung zu blockieren. Suraj Mailitafi von „Widersetzen“ erklärte am Montag während einer Pressekonferenz der Linksfraktion im Bundestag: „Wir werden diese rechtsextreme Gründung verhindern. Dieses rechtsextreme Kadertreffen in Gießen darf nicht stattfinden.“ Heidi Reichinnek, Fraktionschefin der Linken, kündigte an, dass auch ihre Abgeordneten in Gießen an Demonstrationen teilnehmen werden.

Lesen Sie auch:





Seit Mittwoch ist das Zentrum für Politische Schönheit mit dem umgebauten Bus „Adenauer SRP+“ in Gießen präsent. Dieses Fahrzeug, das häufig bei Anti-AfD-Protesten eingesetzt wird, verfügt über Lautsprecheranlage, Videoleinwand und Bedienpult.

Bekannt wurde die Gruppe durch die Störung eines Sommerinterviews mit AfD-Chefin Alice Weidel. Weidel selbst nahm ebenfalls Stellung zu den Gewaltaufrufen. „Mir wird nichts passieren, das weiß ich“, erklärte sie gegenüber der *dpa* unter Bezug auf ihren Polizeischutz. „Aber ich mache mir immer Sorgen über die Wege, die unsere Leute gehen müssen“, so Weidel weiter. Als Teilnehmer am Gründungskongress oder auch als Delegierter bei AfD-Parteitagungen müsse man sich intensiv fragen, wie man sicher zur Veranstaltung gelange. „Das sind Fragen, die wir uns permanent vorab stellen müssen“, so die AfD-Bundessprecherin.
